

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington



## News aus Washington März 2004

**Das Vorwahl-Spektakel ist entschieden:  
Kerry takes it all—der „wählbarste Kandidat“ als Herausforderer**  
*Franz-Josef Reuter*

**Das schlechte Image der USA in der islamischen Welt stellt auch  
Europa vor neue Herausforderungen**  
*Franz-Josef Reuter/Jana Krause*

**Kommt das langsame Ende der Todesstrafe in den USA?**  
*Franz-Josef Reuter/Jana Krause*

**„The Passion of the Christ“- ein Kinofilm bewegt Amerika**  
*Franz-Josef Reuter/Jana Krause*

Konrad-Adenauer-Stiftung  
Außenstelle Washington  
2005 Massachusetts Avenue, NW  
Washington, DC 20036  
USA

Tel. 202-986-9460  
Fax. 202-986-9458  
info@kasusa.org  
<http://www.kasusa.org>  
<http://www.kas.de>

## **Das Vorwahl-Spektakel ist entschieden: Kerry takes it all – der „wählbarste Kandidat“ als Herausforder**

Das Kalkül der demokratischen Parteiführung, wichtige Vorwahlen bis in den Januar und Februar vorzuverlegen und den entscheidenden „Super Dienstag“ mit Abstimmungen in bevölkerungsreichen Staaten wie Kalifornien und New York schon Anfang März abzuhalten und damit eine Entscheidung über den Präsidentschaftskandidaten möglichst früh im Jahr herbeizuführen, ist voll aufgegangen. Schon nach den ersten beiden Vorentscheidungen in Iowa und New Hampshire am 19. und 27. Januar galt John Kerry als Favorit. Am 2. Februar, dem ersten „Super Dienstag“ baute Kerry seine Führung so weit aus, daß er praktisch nicht mehr einzuholen war. Und am Dienstag, dem 3. März, schließlich besiegelte Kerry seine Kandidatur mit weiteren triumphalen Erfolgen.

Kaum sechs Wochen hat der PR-Rummel gedauert und der Marathon der Vorwahlen, von dem alle Welt gesprochen hatte, wurde in Wahrheit zu einem lockeren Aufwärmtraining für das eigentliche Rennen. Dabei konnte Kerry Kraft und Geld für das Hauptrennen gegen George W. Bush sparen, während sich Partei und Publikum in selten gesehener Einheit hinter den früh gekürten Kandidaten scharte. In kaum einem Jahr haben es die angeschlagenen Demokraten vermocht, sich gleichsam an den eigenen Haaren aus dem Schlamm zu ziehen und den scheinbar übermächtigen Republikanern die Stirn zu bieten. Die „Zwischenwahlen“ vom November des Jahres 2002 waren noch eine schiere Katastrophe gewesen: Nicht nur ging die hauchdünne Mehrheit im Senat verloren, im Repräsentantenhaus wurde der Rückstand auf die Republikaner noch größer.

Jetzt erscheint alles anders. Die demokratische Partei ist gestärkt und aus der langjährigen Angststarre befreit. Interessant ist nur, nicht der Außenseiter und so frühzeitig auf den Favoritenschild gehobene wie von diesem wieder abgestürzte Gouverneur aus Vermont Howard Dean, nicht die „verbrauchten“ Dick Gebhardt und Joseph Liebermann, nicht der pensionierte General Wesley Clark und auch nicht der „frische“ John Edwards machten das Rennen um die in den Medien hochstilisierte Auszeichnung, „der wählbarste Kandidat“ zu sein, sondern der hinreichend erfahrene und zugleich zunehmend leidenschaftliche Senator aus Massachusetts: John Kerry. Dessen Auszeichnungen aus dem Vietnamkrieg trug der hochdekorierte Veteran ebenso vor sich her wie seine reiche Erfahrung in der Außen- und Sicherheitspolitik aus nunmehr 19 Jahren Tätigkeit im Senat. Auf Bush's heimischen Feldern, in Fragen der nationalen Sicherheit und des Krieges gegen den internationalen Terrorismus, werde er den Präsidenten stellen und es nicht zulassen, daß sich die Partei –wie bei den Kongreßwahlen vom 20. November 2002- noch einmal werde Angst machen lassen.

Wählerbefragungen zeigen, daß John Kerry der „Fusionkandidat“ war, für den die aggresiven jungen Anhänger Deans, nach dessen Rückzug ebenso stimmten, wie die Gewerkschaftsmitglieder nach dem Scheitern „ihres“

Kandidaten Gephardt; aber auch die traditionellen Kernwähler der Afro-Amerikaner und der Latinos sowie die frustrierten Arbeitslosen, deren Jobs nach Mexiko oder China „exportiert“ wurden; die Linksliberalen an der Ost- und Westküste ebenso wie die sozial Konservativen des Mittleren Westens und der nördlichen Bundesstaaten. Deutlich schwächer schnitt Kerry bei den unabhängigen Wählern, bei den konservativen Demokraten in den Südstaaten und bei potentiellen Wechselwählern ab. Spekulationen verdichten sich gegenwärtig, daß der Senator aus dem traditionell linksliberalen Massachusetts diese Schwäche mit einem Partner aus dem Süden, als Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten, ausgleichen könnte. Die stetig steigenden Sympathiewerte für John Kerry aus den Vorwahlen spiegeln sich gegenwärtig auch in den öffentlichen Meinungsumfragen wider: Nach einer Umfrage der Washington Post würden sich momentan 48% der registrierten Wähler für Kerry und 44% für Bush entscheiden. In diesem Zusammenhang ist eine neue Meinungsumfrage von CNN hoch interessant, die die Themenrelevanz der amerikanischen Bevölkerung für deren Wahlentscheidung untersucht. Danach ist das Thema Nummer Eins mit großem Abstand die Wirtschaftsentwicklung (45%), gefolgt von Gesundheitspolitik (32%), Terrorismusbekämpfung (11%) und dann erst wird das Thema Irak (8%) als wahlentscheidender Faktor angegeben.

### **Wenig Aufregung im Weißen Haus**

Trotz des derzeitigen Höhenflugs des Kandidaten Kerry, dem Präsident Bush nach dessen Sieg telefonisch gratuliert hatte, herrscht im Weißen Haus und im Hauptquartier von Bushs Wahlkampfteam in Arlington (Virginia) keine Aufregung. Man ist gewiß, daß die Welle des öffentlichen Interesses und der Sympathie, auf welcher der demokratische Herausforderer reitet, bald verebben wird. Getreu dem amerikanischen Motto: Wer nach oben geschrieben wird, wird auch alsbald wieder nach unten geschrieben, hofft man auf den Einfluß der dritten Gewalt im Staate, die der Medien. Seit vergangener Woche beginnt das Wahlkampfteam Bush-Cheney mit der Ausstrahlung von Wahlkampfwerbepots im Fernsehen. Mit derzeit gut 150 Millionen Dollar sind Bush und Co für den abermals teuersten Wahlkampf in der Geschichte amerikanischer Präsidentschaftswahlen schon jetzt gut gewappnet. Bis zur „heißen Wahlkampfzeit“ im Spätsommer und Herbst sollen es bis zu 200 Millionen Dollar werden, die für Wahlkampfwerbung zum Einsatz gelangen. Die Strategie Bushs zeichnet sich schon jetzt ab: Der Präsident wird als entschlossener, berechenbarer politischer und militärischer Führer präsentiert, welcher klare Entscheidungen zur nationalen Sicherheit, zur Wirtschaftspolitik sowie zur Homosexuellen-Ehe und der Abtreibung trifft und mithin eine präzise Vorstellung hat, wohin er die Vereinigten Staaten führen will. Dagegen wird Kerry als „Wackelkerry“ in jeder Hinsicht dargestellt, der bald für und später gegen Steuererleichterungen, den Freihandel, ein höheres Verteidigungsbudget, den Krieg im Irak, Maßnahmen zum besseren Heimatschutz und zum Kampf gegen den Terrorismus ist und im Streit um Abtreibung und Todesstrafe den „Kontakt verloren hat“ zur Mehrheitsmeinung. Die New York Times veröffentlichte soeben den sogenannten Abstimmungs-

Record von Senator Kerry, der in der Tat das von den Republikanern jetzt angeprangerte Für und Wider in bestimmten Themenfelder widerspiegelt.

Bush und dessen Berater haben seit langem vorausgesagt, die Wahlen werden knapp entschieden. Bis November kann noch sehr viel passieren. Wenn es im Sommer doch zu dem vom Weißen Haus prognostizierten Schub auf dem Arbeitsmarkt kommt, das Thema Irak einigermaßen unter Kontrolle gehalten wird, Bin Laden vielleicht sogar gefaßt werden kann, dann ist anzunehmen, daß der Präsident und nicht der Kandidat von einer Welle der Euphorie und Sympathie getragen wird.

\*\*\*

## **Das schlechte Image der USA in der islamischen Welt stellt auch Europa vor neue Herausforderungen**

### **Zur Bedeutung amerikanischer Auswärtiger Kulturpolitik für die muslimische Welt**

Seit den Anschlägen vom 11. September 2001 hat sich sowohl in Europa als auch in den USA eine breite Debatte über geeignete aussenpolitische Strategien und Herangehensweisen an die Situation in arabischen und muslimischen Ländern entwickelt. Während die US- Regierung ihre Aufmerksamkeit vor allem auf grosse Umstrukturierungen im Bereich der Verteidigung und der Vorbereitung und Durchführung der beiden Kriege in Afghanistan und Irak richtete, hat sich die intellektuelle Elite in Washington stark mit den Gesellschaften in islamischen Ländern, den politischen Entwicklungen und der Förderung eines Dialogs auseinandergesetzt. Nahmhafte Institutionen und Think Tanks haben eigene Forschungsprojekte gründet, um der neuen aussenpolitischen Situation gerecht zu werden.

Neben den militärischen Interventionen und des Kampfs gegen den Terrorismus, sowie der Stabilisierung und des „nation building“ im Irak und in Afghanistan, wird immer mehr die Frage debattiert, wie Amerika den Kampf auf ideologischer Ebene gewinnen kann. Der „Kampf der Ideen“, wie es der bekannte Publizist der New York Times, Thomas L. Friedman, formuliert, erfordere weit mehr als den Erfolg der militärischen Missionen. Er stelle vor allem keine alleinige Herausforderung an die USA dar. Es brauche die Transatlantische Allianz, es brauche Deutschland und Frankreich, fordert Friedman, denn angegriffen worden seien zwar nur die USA, bedroht aber alle Staaten, die sich den gleichen Idealen verschrieben.

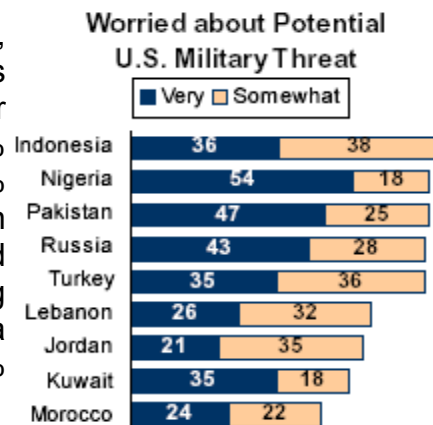
Ein erfolgversprechendes Instrument in diesem ideologischen Kampf um die Einstellungen der Zivilbevölkerung in den muslimischen Ländern kann die amerikanische Auswärtige Kulturpolitik sein. Immer wieder wurde in den letzten Monaten gefordert, diese Abteilung innerhalb des State Departments gründlich umzustrukturieren und sowohl mit einem grösseren Budget als auch mit mehr

direktem Zugang zum Mitarbeiterstab des Präsidenten auszustatten. Die kürzliche Berufung von Frau Magaret Tutwiler als Staatssekretärin für Auswärtige Kultur- und Informationspolitik scheint ein Schritt in die richtige Richtung zu sein. In ihrer ersten Pressekonferenz bestätigte Frau Tutwiler aktuelle wissenschaftliche Befunde und Einschätzungen, dass das Ansehen der USA in den letzten 2 Jahren derart dramatisch innerhalb der muslimischen Bevölkerung gesunken sei, dass es Jahre brauche, diesen Imageverlust zu korrigieren.

Zu diesem Schluss kommen mehrere wissenschaftliche Studien, die in den letzten 6 Monaten veröffentlicht wurden. Eine äußerst umfassende Studie zu den Einstellungen der Bevölkerung in arabischen und muslimischen Ländern hat das Pew Research Institut in Washington im Juni letzten Jahres veröffentlicht („Views of a Changing World 2003“). Sie fasst Ergebnisse aus Umfragen in 44 Ländern zusammen und deckt die Bereiche Globalisierung, Demokratisierung und die Rolle des Islam in Politik und Gesellschaft ab. Während westliche Werte an sich, wie Demokratie, Meinungsfreiheit und Menschenrechte, in der arabischen und muslimischen Bevölkerung einen hohen Stellenwert genießen, werden die USA und ihr politisches Engagement, die Etablierung eben dieser Werte in den muslimischen Ländern zu unterstützen, äußerst negativ gesehen.

Die Studie veranschaulicht einen Negativtrend: während eine negative Wahrnehmung der USA traditionell eher auf die muslimischen Länder im Nahen Osten beschränkt war, hat sie sich in den letzten 2 Jahren auf die gesamte muslimische Welt ausgebreitet. In Indonesien, wo im Jahr 2001 noch etwa 61% der Bevölkerung eine positive Meinung über die USA hatten, ist dieser Prozentsatz auf 15% geschrumpft, in Nigeria von 71% auf 38%.

Des Weiteren wird die Aussenpolitik der USA, gerade in muslimischen Ländern, zunehmend als bedrohlich empfunden. Über die Möglichkeit einer militärischen Bedrohung durch die USA sind 36% der Indonesier sehr besorgt und weitere 38% etwas besorgt, gefolgt im Grad der Besorgnis von der Bevölkerung in Nigeria, Pakistan und Russland. Selbst in Kuwait, wo die Bevölkerung vergleichsweise sehr positiv gegenüber Amerika eingestellt ist, fühlen sich insgesamt 53% (zumindest theoretisch) militärisch bedroht.



Quelle: Pew Research Center for the People and the Press

Aufschlussreich für die Glaubwürdigkeit westlicher Führungspersönlichkeiten in den Augen der muslimischen Bevölkerung sind auch Ergebnisse auf die Frage, welcher Person sie weltweite Führungsfähigkeit zutrauen. Daraufhin nannten mehr als 45% der Bevölkerung „Osama bin Laden“ in Ländern wie Jordanien,

Quelle: Pew Research Center for the People and the Press

**Confidence in World Figures to Do the Right Thing**

|               | <u>First</u>    | <u>Second</u>   | <u>Third</u>    |
|---------------|-----------------|-----------------|-----------------|
| Indonesia     | Arafat (68%)    | Abdallah (66%)  | bin Laden (58%) |
| Jordan        | Chirac (61%)    | bin Laden (55%) | Abdallah (42%)  |
| Kuwait        | Abdallah (84%)  | Bush (62%)      | Blair (58%)     |
| Lebanon       | Chirac (81%)    | Annan (38%)     | Abdallah (35%)  |
| Morocco       | Chirac (65%)    | bin Laden (49%) | Arafat (43%)    |
| Nigeria       | Annan (52%)     | Blair (50%)     | Bush (50%)      |
| Pakistan      | Abdallah (60%)  | bin Laden (45%) | Arafat (42%)    |
| Palest. Auth. | bin Laden (71%) | Arafat (69%)    | Chirac (32%)    |
| Turkey        | Arafat (32%)    | Abdallah (21%)  | Annan (18%)     |

Percent saying they have "a lot" or "some" confidence in each leader's ability to do the right thing regarding world affairs. Three highest rated (of 8 world leaders) shown here.

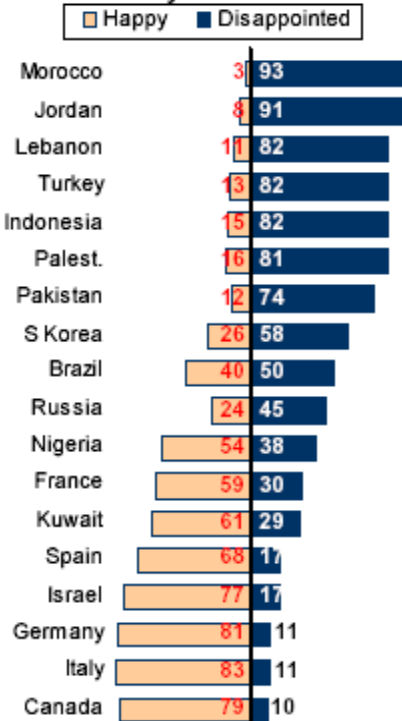
Morokko, Indonesien und den palästinensischen Autonomiegebieten. Unter den genannten westlichen Politikern schneidet Chirac mit seiner Opposition zum Irak-Krieg deutlich besser ab als Bush oder Blair.

Erschreckend sind auch die Ergebnisse einer weiteren Umfrage in Bezug auf den

Irakkrieg: so zeigt sich der Grossteil der Bevölkerung in islamischen Ländern enttäuscht über den schwachen Widerstand, den die Truppen Saddam Husseins den Amerikanern entgegenbringen konnten. Selbst in der Türkei, einem treuen Nato- Mitglied, geben 82% der Bevölkerung dieser Enttäuschung Ausdruck.

Quelle: Pew Research Center for the People and the Press

**Reaction to Lack of Iraqi Military Resistance**



Eine weitere Studie unter der Leitung von Professor Edward P. Djerejian von der Rice University in Texas („Changing Minds, Winning Peace- a new strategic direction for U.S. public diplomacy in the Arab and Muslim World“), welche die Langzeitentwicklungen amerikanischer Kultur- und Informationspolitik im Ausland analysiert, wurde dem Kongress im Oktober letzten Jahres vorgelegt. Sie nennt eine Vielzahl von Faktoren, die zu dem momentanen Zustand beigetragen haben.

Neben Kritik an der internen Kommunikation und der mangelnden Kooperation zwischen der Abteilung für Auswärtige Kulturpolitik, dem State Department, dem Pentagon und dem Mitarbeiterstab des Präsidenten, macht die Studie vor allem eine fehlende Gesamtstrategie zum Erreichen der muslimische Welt für die jüngsten Umfrageergebnisse verantwortlich. So scheint die Unterfinanzierung der Auswärtigen Kulturpolitik für mangelndes Problembewusstsein zu sprechen. Das Budget der Auswärtigen Kulturpolitik entspricht etwa 0,3% des jährlichen Verteidigungshaushalts.

Ein Grossteil dieser Summe wird wiederum zur Deckung von Personalkosten gebraucht, so dass für Massnahmen der

Kulturpolitik, wie Schüler- und Studentenaustauschprogramme, Englischkurse, amerikanische Kultureinrichtungen und dem Bereitsstellen von amerikanischer Literatur nur ein Teil dieser Summe von momentan \$600 Millionen zur Verfügung steht. Für die „Middle East Initiative“ wurden weitere \$100 Millionen bereitgestellt, und die staatseigene Radio- und TV-Produktion, im Dienste der Auswärtigen Kulturpolitik, erhält weitere \$540 Millionen.

Neben der mangelnden Priorität des Themas und der Unterfinanzierung der entsprechenden Abteilung prangert die Studie aber auch das Scheitern der Kommunikation und des Dialogs mit der Bevölkerung in muslimischen Ländern an. So werden viele entwicklungspolitische Aktionen der USA gar nicht oder nur kaum wahr genommen. Die Studie nennt das Beispiel Ägyptens, wo die Bevölkerung dankbar den Bau der Kairoer Oper durch die Japaner wahrnahm, aber jahrelanges Engagement der Amerikaner im medizinischen Bereich, welches u.a. zu einer drastischen Senkung der Säuglingssterblichkeitsrate führte, kaum zur Kenntnis nahm.

Dafür seien mangelnde Ausbildung der Mitarbeiter des State Departments verantwortlich, des Weiteren die fehlenden arabischen und persischen Muttersprachler im amerikanischen Dienst und allgemein das fehlende kulturelle Wissen und Verständnis für die muslimischen Länder mit deren völlig unterschiedlichen politischen und gesellschaftlichen Gegenbenheiten und Entwicklungsstandards.

Die Umfragewerte in der muslimischen Welt zeigen, dass sich die Wahrnehmung der westlichen Welt, seit der Spaltung der Transatlantischen Allianz über den Irakkrieg, auch in den Augen der Bevölkerung in arabischen und muslimischen Staaten entzweit hat. Vergleichbare Umfragewerte zum Ansehen Europas in der muslimischen Welt liegen nicht vor. Jedoch kann man an Hand der Umfragewerte für Chirac, Bush und Blair davon ausgehen, dass europäische Staaten positiver bewertet werden als die USA.

Ein Erstarren des Feindbilds USA in der muslimischen Bevölkerung stellt auch Europa vor Herausforderungen. Es steht den Bemühungen um eine Konsolidierung des Irak und der amerikanischen Initiative, den Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern zu lösen, entgegen. Eine Stärkung der transatlantischen Beziehungen sowie ein verstärktes europäisches Engagement in der Region könnte die Glaubwürdigkeit der amerikanischen Initiativen im Nahen Osten verbessern und effektiver gestalten helfen. Positive Resultate in der Stabilisierung der Region und im Aufbau der Demokratie im Irak würden dem Vorwurf der „Islamfeindlichkeit“ amerikanischer Aussenpolitik und des Westens im Allgemeinen zumindest ein gutes Stück weit den Boden entziehen. Aus Sicht Washingtons kommt dabei der Türkei- Frage eine besondere Rolle zu. Die Türkei, als erfolgreiches NATO- Mitglied und Reformstaat innerhalb einer zukünftig erweiterten Europäischen Union, könnte eine Vorbild- und Brückenfunktion auf die muslimische Welt ausüben.

\*\*\*

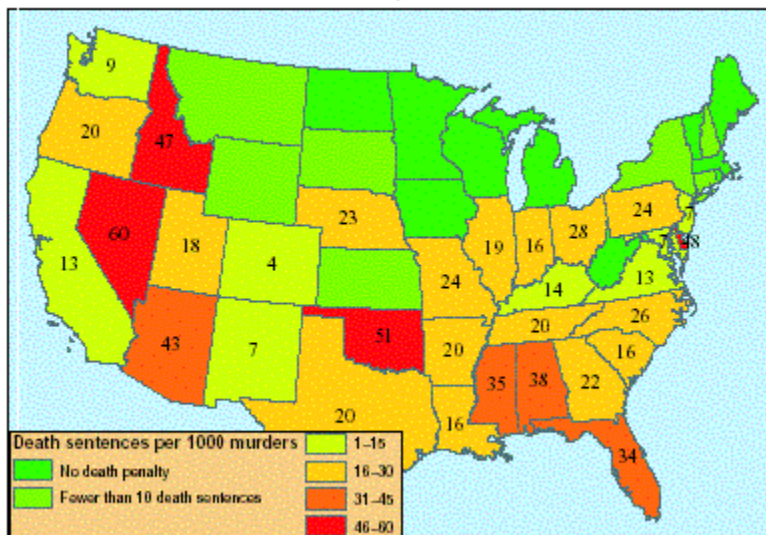
## Kommt es zum Ende der Todesstrafe in den USA?

### Der Rückgang in der Anzahl der Insassen des Todestrakts in Maryland weist auf einen nationalen Trend hin

Nach der Entscheidung eines Berufungsgerichts Anfang Februar dieses Jahres hat sich die Zahl der im U.S.- Bundesstaat Maryland inhaftierten Todeskandidaten in den letzten dreieinhalb Jahren von 18 auf 8 mehr als halbiert. Seit den 80iger Jahren ist diese Zahl nicht mehr einstellig gewesen. Grund dafür sind nicht etwa mehr Hinrichtungen oder neues entlastendes Beweismaterial, wie z.B. DNA- Analysen. Einem Bericht der Washington Post vom zufolge („A Shrinking Death Row“, 6. Februar 2004), ist eine Kombination verschiedener Faktoren für einen Trend verantwortlich, der sich im ganzen Land beobachten lässt.

Graphik: Wallstreetjournal

Death sentence rates, 1977–1999, by state.



In 38 Bundesstaaten der USA wird die Todesstrafe verhängt. Im Durchschnitt werden laut der New York Times 2.5% aller wegen Mordes überführten Personen zum Tode verurteilt. Am höchsten ist dieser Prozentsatz in Nevada und Oklahoma mit 6 bzw. 5.1%. Südstaaten wie Virginia und Texas, die für ihre starke Unterstützung

der Todesstrafe bekannt sind, bleiben dagegen mit 1.3 bzw 2% unter dem nationalen Durchschnitt. Momentan haben 19 dieser Staaten ein Mindestalter von 18 Jahren für die Todesstrafe eingeführt, in weiteren 5 Staaten ist das Mindestalter 17 und in den restlichen Staaten 16 Jahre.

Insgesamt lässt sich in den letzten Jahren ein Trend feststellen, welcher fordert, die Anwendung der Todesstrafe genauer zu untersuchen. Das Wiederaurollen verschiedener Fälle, aufgrund von Umständen, die in den Augen der Richter in der ursprünglichen Gerichtsverhandlung nicht genau genug behandelt wurden, führt zu einer Stagnation sowohl in ausstehenden Gerichtsentscheidungen als auch in der Ausführung von Exekutionen. Das Aufheben der Todesstrafe in einem bestimmten Mordfall in einem Bundesstaat hat häufig auch Konsequenzen auf ähnlich gelagerte Fälle in anderen Bundesstaaten. Von daher können sich

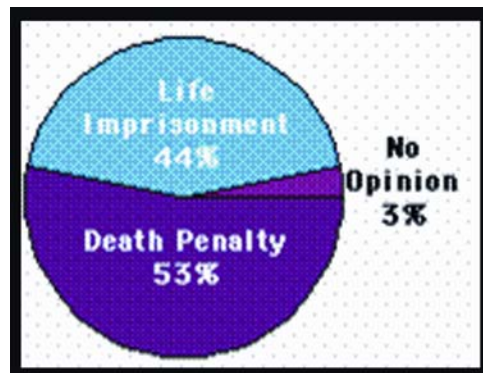


Gerichtsverhandlungen im Warten auf die Entscheidung eines anderen Gerichts jahrelang hinziehen. In der Praxis führt dies häufig zu einer lebenslänglichen Haft ohne Bewährung, einem Gerichtsurteil, welches zu verhängen Richtern und Geschworenen in der Vergangenheit nicht möglich war. Heute sind Kansas, Texas und New Mexiko die einzigen Staaten, die weiterhin ein solches Urteil nicht erlauben. Als Argument dafür wird angeführt, dass Geschworene in ihrer Entscheidung auf diese Weise nicht davon beeinflusst werden können, dass ein nur zu lebenslänglicher Haft Verurteilter eines Tages freigelassen werden könnte. Tatsächlich zeigt eine neue Studie auf, dass die bloße Möglichkeit der Richter und Geschworenen, Angeklagte zu lebenslänglicher Haft ohne Bewährung zu verurteilen, die Verhängung der Todesstrafe, entgegen mehrheitlicher Erwartungen, nicht mindert.

Des Weiteren behandelt auch der Supreme Court, das höchste Gericht in den USA, die Anwendungen der Todesstrafe. Nachdem es vor zwei Jahren bereits entschieden hatte, dass die Anwendung der Todesstrafe gegenüber geistig Behinderten gegen die Verfassung verstößt, behandelt es zur Zeit ein generelles Verbot der Todesstrafe für Jugendliche, die zum Zeitpunkt der Tat unter 18 Jahren alt waren. Momentan erlauben 19 Bundesstaaten eine Verurteilung zum Tod für Verurteilte, die zum Tatzeitpunkt 16 bzw. 17 Jahre alt waren. Eine Entscheidung des Gerichts wird für Juni dieses Jahres erwartet. An ihr wird man vorraussichtlich einen weiteren Trend für oder gegen die Todesstrafe ablesen können.

Die Unterstützung der Todesstrafe ist innerhalb der amerikanischen Bevölkerung in den letzten Jahren deutlich gesunken- im Gegensatz zu neuesten Trends in Europa. Von 1994 bis heute ist der Prozentsatz derjenigen, die die Todesstrafe befürworten von 80% auf 63% gesunken. Bietet man den Befragten als Alternative zur Todesstrafe die Verurteilung zu lebenslänglicher Haft ohne Bewährung, so fällt diese Unterstützung weiter.

Nach einer Umfrage des Instituts Gallup Poll (siehe nebenstehende Graphik) vom Mai letzten Jahres ziehen 53% der Amerikaner die Todesstrafe einer Verurteilung zu lebenslänglicher Haft ohne Bewährung vor. Dieser Prozentsatz variiert jedoch deutlich mit steigendem Bildungsniveau: 62% derjenigen, die einen Universitätsabschluss haben, befürworten "lebenslänglich", während nur 40% der Befragten mit einem Highschool- Abschluss dies tun. 73% der Amerikaner glauben, dass unschuldig Verurteilte in den letzten 5 Jahren exekutiert wurden.



Einige Juristen sprechen bereits jetzt von einem Trend weg von der Todesstrafe und halten sogar die vollständige Abschaffung der Todesstrafe in dieser Situation

zumindest für möglich, eine Meinung, die vor fünf Jahren noch völlig unbegründet erschien. Befürworter der Todesstrafe argumentieren hingegen, dass der Rückgang in der Zahl der Exekutionen und der auf ihre Exekution wartenden Häftlinge mit einem allgemeinen Rückgang der Mordrate erklärt werden könne. Mit den ausstehenden Gerichtsentscheidungen und Entwicklungen im Meinungsbild der amerikanischen Bevölkerung bleibt es abzuwarten, ob sich die USA langfristig tatsächlich von der Todesstrafe verabschieden werden.

\*\*\*

### **“The Passion of the Christ”- ein Kinofilm bewegt Amerika**

Am Aschermittwoch startete Mel Gibsons neuer Film “The Passion of the Christ” (Die Passion Christi) überraus erfolgreich in den amerikanischen Kinos. Die kontroverse Diskussion über Gibsons neuestes Werk hält jedoch schon seit einigen Wochen an.

Der zweieinhalbstündige Film über die letzten Stunden im Leben Christi, gedreht in Hebräisch, Aramäisch und Latein mit englischen Untertiteln, stellt überaus graphisch und eindringlich das Martyrium Christi von der Gefangennahme in Garten von Gethsemane bis zur Kreuzigung und Auferstehung dar. Geschickt eingebaute Rückblenden in das Leben und Wirken Jesu vor Anbruch seines Leidensweges erlauben dem Zuschauer kurze Atempausen von der sonst detaillierten Darstellung an Grausamkeiten.

Gibson, der sich selbst als konservativen Katholiken beschreibt, hält sich an ein wörtliches Verständnis der Evangelien; so sind den biblischen Berichten nur wenige Szenen hinzugefügt, die zumeist das Geschehen auf spiritueller Ebene interpretieren. Dazu gehören z.B. die Satansgestalt, die Christus im Gebet in Gethsemane gegenübersteht und das gesamte Kreuzigungsgeschehen begleitet.

Gibson, der mit “Braveheart” bereits ein in seiner Leidenschaft und Brutalität extremes aber auch hochgelobtes Epos geschaffen hat, stellt in „The Passion of the Christ“ erneut sein Können unter Beweis. Leidenschaftlich sind auch die zahllosen Kritiken, die dieser Film in den Medien über die letzten Wochen erfahren hat. Sie sprechen entweder von einem absolut gelungen Meisterwerk, oder sie verdammen die “exzessiv gewaltttätige” und „überaus blutige“ religiöse Darstellung als Gibsons „persönliches Evangelium“.

Kritiker des Films werfen Gibson vor allem vor, sein Werk könnte antisemitische Tendenzen fördern. Der Film stelle die Juden als die “Christusmörder” dar, behaupten einige Stimmen, und sei deshalb äusserst problematisch. Abraham H. Foxman, Präsident der Anti-Defamation League (Anti-Diffamierungsliga) äusserte sich in einem Interview mit dem Fernsehsender ABCNEWS sehr

besorgt über den Film. Er glaube nicht, dass der Film antisemitisch sei, in seinen Augen habe er jedoch das Potential, dem Antisemitismus neue Nahrung zu geben.

Um einem solchen Missbrauch des Films vorzubeugen, haben sich in den letzten Wochen verschiedene Kirchen zum Thema geäußert. Von katholischer Seite wurde daran erinnert, dass der Vatican 1965 die Annahme einer Kollektivschuld der Juden am Tod Christi abgelehnt hat. Viele evangelische Kirchen betonen ebenfalls, dass sie eine solche theologische Überinterpretation der Bibeltexte ablehnen.

Betrachtet man Umfrageergebnisse, die ABCNEWS im Rahmen eines Berichts über den Film und eines Interviews mit Mel Gibson veröffentlicht hat, so erscheint diese Sorge eher unbegründet. Mehr als 80% aller Amerikaner lehnen eine generelle Schuldzuweisung an die Juden am Tod Christi ab. Dieser Prozentsatz variiert kaum unter Katholiken und Protestanten bzw. unter Protestanten verschiedener Glaubensgemeinschaften. Gibson selbst distanziert sich im genannten Interview ebenfalls von einer solchen Auffassung. Es sei nicht seine Intention gewesen, die Schuldfrage zu thematisieren, sondern vielmehr das Opfer Christi zu betonen. Antisemitismus bezeichnete er als den Grundsätzen des Christentums widersprechend. „Die Antwort ist: wir alle sind an seinem Tod schuldig“, stellt Gibson abschliessend fest.

Verschiedene evangelische Kirchen betonten die differenzierte Darstellung der beteiligten Personen. So stünden der Verschwörung durch die jüdischen Hohepriester, Christus zu töten, die Treue einiger Jünger Jesu und seiner Mutter bis zu seinem Tod sowie die Anteilnahme eines Teils der jüdischen Bevölkerung an den Leiden Christi auf dem Weg durch Stadt nach Golgatha gegenüber. Pontius Pilatus werde einerseits suchend und zweifelnd, andererseits aber auch skrupelos in seinen politischen Zielen dargestellt. Für die Grausamkeiten der römischen Soldaten und ihrem Antisemitismus gegenüber den Juden, die die Kreuzigung mitansehen, liessen sich jedoch keine positiven Exempel finden.

Viele Kirchen ermutigen ihre Gemeinden, den Film zu sehen und tragen damit nicht unwesentlich zu seinem Erfolg bei. Pastoren gebrauchen den Film in ihren Predigten und erwarten ein wachsendes Interesse am Christentum innerhalb der amerikanischen Bevölkerung.

Kritik an den Kirchen üben wiederum eine Reihe von Kolumnisten in den letzten Wochen. So sei die äussert realistische Darstellung der Passion Christi und die Fokussierung auf diesen Teil der biblischen Geschichte weit entfernt von einem gerade unter Protestanten verbreiteten narzistischen „Wohlfühlchristentum“. Ob positive oder negative Kritik am Film- in den Tagen vor Ostern dominiert ein Film über das Kreuzigungsgeschehen gesellschaftliche Debatten in Amerika. In deutschen Kinos wird „The Passion of the Christ“ am 18. März anlaufen.